

Protokoll VI

der 5. Sitzung des 40. Studierendenparlaments der Philipps-Universität Marburg

am Mittwoch, den 9. Februar 2005

im Großen Hörsaal der Physik, Renthof 5, 35037 Marburg.

Die Sitzung ist öffentlich.

Vorläufige Tagesordnung:

Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

1. Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung
2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
3. Bericht des AStA
4. Rechnungslegung
5. Bericht des RPA
6. Entlastung des Vorstands des vorherigen AStA
7. Wahl eines/-r studentischen Vertreters/-in im Vorstand des Studierendenwerks
8. Privatisierung der Universitätskliniken
9. Verfasste Studierendenschaft
10. Verschiedenes

[Begrüßung und Beschlussfähigkeit]

Die Präsidentin des 40. Studierendenparlaments, Anne Tittor, eröffnet die Sitzung um 20:27 Uhr und stellt bei 34 Anwesenden die Beschlussfähigkeit fest. Der Rücktritt von Christoph Ditschler (LHG) wird eingereicht. Thies Hauke Mahn (LHG) rückt für ihn nach.

[TOP 1] Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung

Anne schlägt eine Lesepause von fünf Minuten vor. **Matthias Altfelder (Juso-HSG)** beantragt die Verschiebung der Verabschiedung, da er genug Zeit haben wolle, das Protokoll in Ruhe zuhause zu lesen. **Ortrun Brand merkt an, dass** bei Bedenken die Verabschiedung auf jeden Fall vertagt werden solle. Da niemand etwas dagegen hat, wird der TOP auf nächste Sitzung vertagt.

[TOP 2] Genehmigung der weiteren Tagesordnung

Es gibt zwei Änderungen zur Tagesordnung:

Änderungsantrag RCDS : TOP „Konstruktive Zusammenarbeit“. Anne schlägt vor, den TOP nach dem der „Verfassten Studierendenschaft“ anzufügen.

Änderungsantrag Jusos: „Antrag auf eine Information über den Vertrag von Campus direkt“. Anne schlägt vor, diesen TOP nach TOP 7 (Studentenwerks-Vorstands-Wahl) einzufügen.

Die weitere Tagesordnung wird mit diesen Änderungen genehmigt.

[TOP 3] Bericht des AStA

Hanna Tuszynski, die stellvertretende Vorsitzende des AStA, berichtet vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom 03.02. und den damit zusammenhängenden Protesten. Bundesweit hätten 30.000 Menschen teilgenommen, davon rund 6.000 in Mannheim, darunter auch Marburger Studierende.

Die Referate des AStA hätten einige erfolgreiche Veranstaltungen organisiert. So habe das Hopo-Referat eine Informationsveranstaltung zu Studiengebühren durchgeführt.

Hanna berichtet weiterhin von Veranstaltungen des Antifa/Antira-Referats und des Referates für Wirtschaft und Soziales. Das Referat für Technik & OpenSource-Politik habe eine Sicherheits-VeSitzung am 01. Dezember 2004ranstaltung mit Key-Signing-Party organisiert.

Im Hopo-Referat arbeite ab jetzt auch Martin Gottschalt mit. Sein Schwerpunkt sei das Lehramt.

[TOP 4] Rechnungslegung (siehe Anlagen)

Ada Charlotte Regelman, die Finanzreferentin des AStA, möchte jeweils die einzelnen Punkte ansprechen und Fragen dazu beantworten. Sie bemerkt vorab, der Haushalts-Abschluss sei vor dessen eigentlichem Ende erstellt worden, was üblich sei, da das Rechnungsprüfungsamt (RPA) in Kassel den Abschluss immer vorab haben müsse.

Zu Punkt „Einnahmen der Fachschaften“: **Matthias Altfelder** will wissen, warum es einen so großen Unterschied zwischen der Planung und den Einnahmen gebe. Henrik Piltz, der Finanzreferent des vorigen AStA, erklärt, dass die Zahlen über das Jahr nicht immer richtig vorrausgesagt werden könnten.

Zum Punkt „Aufwandsentschädigungen“: **Matthias** fragt nach wegen Abbestellung bestimmter Zeitschriften und erhält die Antwort, das sei wie besprochen geschehen.

Zum Punkt „Aufwandsentschädigungen“: **Matthias** fragt, wie sich die Summe der Aufwandsentschädigungen zusammensetze.

Henrik antwortet, die Summen setzten sich wie folgt zusammen:

1360€ in Zeile 4030: Summe der Aes für StuPa Präsidium und Wahlausschuss,

10620€ Summe der Aes für den Vorstand,

21063,40 Summe aller Aes, welche nicht näher aufgeführt:

3400€ für 4034 Hopo, 4928,90 für 4037 Öffentlichkeit, 3540€ für 4036

Kultur und 3540€ für Wirtschaft und Soziales.

In den 21063,40€ sind noch enthalten 1800€ Druckreferat (Kto 8353),
mit Anmerkung, da AE in Druckhaushalt.

Zum Punkt „Kampagne zur Erhaltung der Verfassten Studierendenschaft“

Matthias bedauert, das das vom Stupa bereitgestellte Geld nicht komplett
ausgegeben wurde. **Ortrun** merkt an, das habe mit der Kampagne zu tun, die von den
Jusos mit angekurbelt worden sei. Bekanntermaßen sei sie wegen der gebuchten
Agentur nicht sonderlich sinnvoll gewesen.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Um 20:44 Uhr verlassen die vier ParlamentarierInnen der LHG die Sitzung.

[TOP 5] Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA)

Melanie Micudaj (Linke BündnisListe) stellt richtig, sie und Holger Kindler
(auch Linke BündnisListe) hätten sich nicht gegen die Aufnahme des Punktes 5 im
Bericht des RPA eingesetzt. Der Satz möge gestrichen werden.

Jan Patrick Behrend (Juso-HSG) zu Punkt 6: Er möchte in die Klammer vor Frank
Hufnagl (RCDS) mit aufgenommen werden. **Andreas Müller (FACHKRAFT)**, Vorsitzender des
RPA, stellt für den RPA klar, dass das RPA-Protokoll nicht im Stupa verändert
werden könne.

Die LHG-Fraktion hatte vor Verlassen der Sitzung ein „Schriftliches Statement“
und eine „Schriftliche Nachfrage“ beim Präsidium abgegeben (siehe Anlagen), mit
der Bitte, diese vorzulesen. Die Nachfrage wird nun vorgelesen.

Melanie weist auf die Richtigstellung von Punkt 5 (RPA) hin und beantwortet die

Frage der LHG mit 'Nein'. Die LHG möge sich bei weiteren Fragen persönlich an sie wenden.

Ortrun bemängelt, es sei eine Unmöglichkeit, zuerst die Sitzung zu verlassen und dann in Abwesenheit solche Eingaben zu machen.

Frank Hufnagl stellt einen GO-Antrag auf Vorlesung der Stellungnahme, wogegen es von **Ortrun** formale Gegenrede gibt. Per Abstimmung entscheidet sich das Parlament mehrheitlich gegen das Vorlesen der Statements.

Florian Riewe, autonomer Schwulenreferent im AStA, meldet sich zu Wort und bemängelt, dass die LHG sich zwecks Klärung ihrer Fragen nicht im Vorfeld mit ihm, dem indirekt angesprochenen Referenten, in Verbindung gesetzt habe und fühlt sich von der Angelegenheit peinlich berührt.

[TOP 6] Entlastung des Vorstands des vorherigen AStA

Andreas Müller teilt mit, der RPA habe sich bei seiner Sitzung eindeutig für die Entlastung des Vorstands für das Haushaltsjahr 2003/04 des vorigen AStA ausgesprochen. Er beantragt demnach die Entlastung des AStA für das Haushaltsjahr 2003/04 durch das Stupa.

Das Parlament stimmt der Entlastung zu.

[TOP 8] Wahl eines studentischen Vertreters im Vorstand des Studierendenwerks

GO-Antrag: Andreas Müller beantragt die Vertagung des TOPs, **Thorsten Engelen** hält formale Gegenrede.

Abstimmungsergebnis: 18:7:5. Damit ist der TOP auf die nächste Sitzung vertagt.

[TOP 9] Vertrag des Studentenwerks mit 'Campus Direct'

Es gibt eine Nachfrage der Jusos, wer denn nun eigentlich in der Mensa Flyer verteilen dürfe. **Florian Riewe**, studentisches Mitglied im Vorstand des Studentenwerks, antwortet, alle nicht-kommerziellen Gruppen sowie alle Organe der Verfassten Studierendenschaft dürften Flyer verteilen. Es gebe keine inhaltliche Kontrolle. Erlaubt seien auch Party-Flyer, solange eine Fachschaft o.Ä. diese veranstalte. Es gehe dem Studentendenwerk darum, dass Flyer hinterher wieder eingesammelt werden.

Matthias sagt, er habe das Gespräch mit den Mitarbeitern gesucht um sich zu informieren, diese hätten ihn allerdings daraufhin sogar fotografiert. **Florian** erklärt, es gehe darum, sog enannte WildflyerInnen dingfest zu machen. Es sei allerdings nicht sinnvoll und nicht wünschenswert, wenn andere fotografiert würden.

Matthias berichtet, ein WiWi-Fachschaftler (Matthias Jascheck) habe berichtet, dass ein Mitglied der Fachschaft eine Erklärung unterschrieben habe, mit der sich die Fachschaft bereit erkläre, keine weiteren Flyer zu schmeißen. Er fragt nach, ob in den Vertrag des Studentenwerkes mit 'Campus Direct' Einsicht genommen werden könne. **Florian** sagt, dass dies wohl schon, aber nur nach Ausübung von großem Druck möglich sei. Jörg Bechthold schiebt nach, die nächste Sitzung sei nun wieder weit entfernt.

Matthias bringt für die **Juso-HSG** einen Antrag ein:

Das Studierendenparlament fordert die Geschäftsführung und den Vorstand des Studentenwerkes nachdrücklich auf, den Vertrag mit 'Campus Direct' offen zu legen. Insbesondere sollen die genauen Geldflüsse und die Regelungen bezüglich des Flyerns veröffentlicht werden.

Dem Antrag wird mit 30 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Ortrun merkt an, es sei zu überprüfen, ob eine Firma in dieser Situation das Recht hat, Leute zu fotografieren. **Florian** stimmt zu und fügt hinzu, dass er sich mehr Feedback und Informationen von den Anwesenden wie allen anderen Studierenden zu diesem und anderen Themen wünscht. Feedback könne per E-Mail an studentenwerk@asta-marburg.de gesandt werden.

[TOP 9] Privatisierung der Universitätskliniken

Ada erläutert die Situation und stellt den Antrag des AStA vor:

„Das Studierendenparlament möge beschließen:

Resolution des StuPa Marburg gegen die Privatisierung der Unikliniken

Das Marburger Studierendenparlament kritisiert die geplante Privatisierung der Unikliniken in Marburg und Gießen. Diesem Vorhaben kann nichts Positives abgewonnen werden. Die zu erwartenden negativen Auswirkungen der Privatisierung sind hingegen vielfältig:

- So ist abzusehen, dass die breite medizinische Forschung an den beiden Hochschulen deutlich ausgedünnt wird, weil manche Forschungsbereiche betriebswirtschaftlich gesehen unmöglich rentabel sein können.*
- Zur Steigerung des Profits werden die Beschäftigten länger arbeiten müssen. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist absehbar trotz vollmundiger Erklärungen der Landesregierung.*
- Durch die höhere Arbeitsbelastung der Beschäftigten und den Sparzwang, der nur noch das medizinisch unbedingt Notwendige zulässt, werden die medizinische Versorgung und damit die PatientInnen leiden.*

- *Durch die Schließung von Bereichen des Klinikums werden angehende MedizinerInnen eine schlechtere Ausbildung bekommen. Außerdem werden in ihnen mehr denn je billige Arbeitskräfte gesehen, die mehr leisten und weniger lernen sollen.*

Der Wettbewerb zwischen den dann privatisierten Unikliniken Gießen und Marburg hat das Ziel, die profitablen Bereiche der jeweiligen Kliniken zu erhalten und den Rest zu schließen. Das Studierendenparlament ist nicht damit einverstanden, dass der Wettbewerb über die Zukunft von Menschen (Beschäftigte, PatientInnen, Studierende) entscheiden soll, und fordert die Landesregierung auf, diese Pläne nicht weiter zu verfolgen. Uni-Präsidium, Klinikverwaltung sollen ihre positive Bewertung zu diesem Projekt überdenken. Sie und den Senat fordern wir auf, sich gegen die Zusammenlegung und Privatisierung zu positionieren."

Bianca Schickling (RCDS) stellt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung wegen allgemeinpolitischer Ausrichtung. Es gibt formale Gegenrede durch **Ortrun**.
Abstimmung: 5:25:0. Damit ist der Antrag auf Nichtbefassung abgelehnt.

Frank Hufnagl beantragt im Namen des RCDS (Änderungsantrag) die Streichung der Spiegelstriche 2 bis 4 und des Absatzes 5 mit der Begründung, allgemeinpolitische Äußerungen lägen nicht „in der Kompetenz des StuPa“. Abstimmungsergebnis: 5:24:1. Damit ist der ÄA abgelehnt.

Matthias Altfelder beantragt im Namen der Juso-HSG (Änderungsantrag) die Spiegelstriche 2+3 zu streichen.
Abstimmungsergebnis: 4:20:6. Damit ist auch dieser ÄA abgelehnt.

Abstimmungsergebnis Gesamtantrag: 25:5:0. Damit ist der Hauptantrag angenommen.

[TOP 10] Verfasste Studierendenschaft

Der AStA stellt folgenden Antrag:

„Das Studierendenparlament möge beschließen:

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurde die Festschreibung einer verfassten Studierendenschaft in den Landeshochschulgesetzen durch das Hochschulrahmengesetz (HRG) aufgehoben.

Die in der dritten Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) gemachten Änderungen zur Entdemokratisierung der Hochschule und Schwächung der Verfassten Studierendenschaft sind zurückzunehmen. Viel mehr fordert das Studierendenparlament die Landesregierung auf, die Verfasste Studierendenschaft zu erhalten und ihre Arbeitsmöglichkeiten nicht noch weiter zu beschneiden.

Das Studierendenparlament fordert das Präsidium der Philipps-Universität auf, gegenüber der Landesregierung diese Interessen zu vertreten.“

Abstimmungsergebnis: 25:5:0. Damit ist der Antrag angenommen.

[TOP 11] RCDS-Antrag „Konstruktive Zusammenarbeit“

Der RCDS stellt folgenden Antrag:

„Das Studierendenparlament möge beschließen, dass der Allgemeine Studierendenausschuss in einen konstruktiven Dialog mit der hessischen Landesregierung über die Einführung von Studiengebühren tritt. Dabei ist zu erörtern, in welchem Zeitrahmen und unter welchen Bedingungen die Einführung von Studiengebühren unter Berücksichtigung der Interessen von Studierenden möglich ist.“

Ortrun stellt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung.

Bianca hält formale Gegenrede, **Thorsten** inhaltliche.

Ortrun zieht ihren GO-Antrag zurück.

Frank Hufnagl, der diesen Antrag eingebracht und begründet hat, mahnt die anderen Listen, nicht pauschal gegen den Antrag zu stimmen, weil er vom RCDS komme.

Philipp Imhof (FACHKRAFT) betont, er werde nicht dagegen stimmen, weil er vom RCDS kommt, sondern aus rein inhaltlichen Gründen.

Volker Hinck (Gruppe dissident) erläutert, er würde auch einen Antrag von den Jusos ablehnen, wenn dieser unter einer SPD-Regierungsbeteiligung gestellt würde.

Frank Hufnagl <wird seinen Beitrag schriftlich einreichen>.

Philipp Imhof bemerkt dazu, dass nach dem BverfG-Urteil Studiengebühren ohnehin sozialverträglich sein müssten und das schon daher der Antrag des RCDS hinfällig sei.

Henrik sagt, dass auch zu seinen Zeiten der AStA immer versucht habe, in einen konstruktiven Dialog zu treten, dies jedoch nicht angenommen worden sei.

Bianca bezweifelt, dass es den konstruktiven Dialog je gegeben habe.

<protokollantInnenwechsel>

Änderungsantrag der **Juso HSG** (die Änderungen sind unterstrichen):

„Das Studierendenparlament möge beschließen, dass der Allgemeine Studierendenausschuss weiterhin versuchen soll, in einen konstruktiven Dialog mit der hessischen Landesregierung auch über die Einführung von Studiengebühren zu treten. Dabei ist zu erläutern, in welchem Zeitrahmen und (...) ob die Einführung von Studiengebühren unter Berücksichtigung der Interessen der Studierenden möglich ist.“

Der Antragssteller übernimmt den Antrag nicht.

Es erfolgt ein GO-Antrag von **Ortrun** auf sofortige Abstimmung.

Abstimmung des Änderungsantrags: 3:10:15

Um 22:00h verlassen zwei Parlamentarier die Sitzung

Der ÄA ist abgelehnt.

Abstimmungsergebnis der Abstimmung des Hauptantrags:

5:22:1.

Der Antrag ist damit **abgelehnt**.

[12 Verschiedenes]

Keine Anmerkungen.

Die amtierende Präsidentin des 40. Stupa, **Anne Tittor**, schließt die Sitzung um 22:04 Uhr.

Für das Protokoll:

gez. Christoph Scheid

Für die Richtigkeit:

gez. Anne Tittor

[Anlagen]

- Protokoll der vorigen Sitzung
- Bericht des RPA
- „Schriftliches Statement“ der LHG zu TOP 5
- „Schriftliche Nachfrage“ der LHG zu TOP 5

[was fehlt?]

- Bericht des AStA von Hanna gegenlesen/ergänzen lassen
- Ada's Bericht zu TOP 9

